Geld regiert die Welt

Vortragsmanuskript von Dr. Wolfgang Kessler

Neun Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise scheint das Thema »Geld regiert die Welt« nicht mehr so aktuell. Zumindest auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick sieht die Sache ganz anders aus. Es wird mehr gezockt denn je. Und die Finanzkrise hat die globalen Machtverhältnisse einschneidend verändert. Weltweit herrscht Angst – und die zeigte sich in den vergangenen Monaten auf unterschiedliche Weise – aber deutlich. Es gab einen Beinahe-Crash in China. Die Briten entschieden sich für den Brexit. Die US-Amerikaner wählten Donald Trump zum US-Präsidenten. Und das ganze Jahr über schwebte über allem die Frage: Droht der Welt ein neuer Crash?

Das sind die Spuren der unbewältigten Finanzkrise und die Folgen einer finanzpolitischen Weltrevolution der letzten vierzig Jahre. Worin besteht diese Revolution? Eigentlich hat ein Finanzsystem zwei ganz einfache Aufgaben: den Geldverkehr diskret und sicher zu regeln. Und das Geld von Sparerinnen und Sparern einzusammeln und dieses gegen Zinsen an Unternehmen und Privathaushalte zu verleihen. Auf dass diese Fabriken bauen, Werkstätten renovieren, Häuser bauen und Arbeit schaffen. Darum geht es heute auch noch. Bei etwa 15 Prozent aller Geldbewegungen weltweit. Bei 85 Prozent aller internationalen Geldbewegungen geht es um etwas ganz Anderes: Nämlich darum, aus Geld möglichst schnell mehr Geld zu machen, ohne Häuser, Fabriken und Jobs zu schaffen. Dies ist eine Revolution.

Um genau zu verstehen, was passiert ist, muss man weit in die Geschichte zurückgehen. Auf der Währungskonferenz von Bretton Woods 1944 war ein Geldsystem auf der Grundlage der Leitwährung Dollar eingeführt worden. Der entscheidende Punkt: Der Dollar war in Gold eintauschbar. Das hieß: Solange nicht mehr Dollar gedruckt wurde als in Gold eintauschbar war, war das System stabil. Der Bezug zum Gold setzte unkontrollierter Geldschöpfung Grenzen, die Spekulation mit Währungen war nicht möglich.

25 Jahre blieb alles stabil. Ende der 1960er-Jahre änderte sich alles. Da ließ die US-Regierung Dollars drucken, um den Vietnam-Krieg zu finanzieren. Die riesige Menge an Dollars sprengte die Bindung des Dollars an das Gold. 1971 zerbrach das Währungssystem von Bretton Woods. Dieses Ereignis veränderte die Finanzwelt. Seitdem können Banken fast unbegrenzt Geld schöpften. Seitdem wird an den Börsen mit Währungen spekuliert.

Und das hatte Folgen. Es entstand ein unkontrollierbarer Markt an Geld auf international tätigen Banken. Und auf diesen Kapitalmarkt floss immer mehr Geld. Mit den steigenden Ölpreisen strömten riesige Petrodollar-Beträge auf die internationalen Banken – von den Ölscheichs.

Und im Laufe der 1980er-Jahre sorgte eine neue Wirtschaftsphilosophie für eine weitere Geldschwemme: der Wirtschaftsliberalismus. Er beruht auf dem Gedanken, dass sich der Staat aus der Wirtschaft zurückziehen sollte, damit sich die Unternehmen frei entfalten können. Verschiedene Regierungen wie jene von Margaret Thatcher setzten diese Wirtschaftspolitik um. Sie wollten die Gewinne der Unternehmen erhöhen, damit diese in Arbeitsplätze investieren. Durch diese Politik wurden die Vermögen und Einkommen immer

ungleicher verteilt. Die hohen Gewinne und Vermögen wurden oft nicht mehr in die Produktion investiert. Ein immer größerer Teil des Reichtums floss auf die Finanzmärkte. Und das geschieht noch heute. Weil wir in einer Welt leben, in denen die reichsten acht Menschen so viel besitzen wie 47 Prozent der Menschheit. Da fließt viel Reichtum auf die großen Finanzplätze.

Doch zunächst blieb es ruhig: In den 1980er-Jahren hatten die globalen Banken viel Geld. Sie konnten es aber nicht einfach in andere Länder überweisen. Es gab Grenzen und Regeln. Zur wirklichen Revolution kam es nach 1989. In den 1990er-Jahren wurde der real existierende Sozialismus durch eine politische Revolution überwunden. Millionen Menschen genossen politische Rechte.

Aber mit dieser politischen Revolution setzten die westlichen Regierungen auch eine wirtschaftliche Revolution durch. Sie wollten einen freien globalen Kapitalverkehr. Und schafften viele Regeln und Beschränkungen einfach ab. Von jetzt an konnte jeder, der Geld hat, dieses Geld in jede Ecke der Erde überweisen. Und das veränderte alles: Jetzt entstand eine neue Welt des Geldes. Sie orientierte sich immer weniger an Krediten für Fabriken, für das lokale Handwerk, für Hausbesitzer, sondern vor allem an Steuervermeidung und Spekulation. Seitdem geht es darum, möglichst schnell aus Geld mehr Geld zu machen, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, ohne den Staat daran zu beteiligen. Das schuf völlig neue Machtverhältnisse auf den Finanzmärkten, bis heute.

Wer sind die neuen Mächtigen? Da sind zum Beispiel die Steueroasen. Panama und viele andere wurden zu Magneten für das Geld all jener, die keine Steuern zahlen wollen oder viel zu verbergen haben. Rund 100.000 Einzelne, Unternehmen oder Versicherungen bunkern dort rund 21.000 Milliarden – das ist die Wirtschaftsleistung der USA pro Jahr. Weltweit entstand eine Finanzstruktur, durch die globale Konzerne große Summen an Steuern sparen können – auf Kosten des Gemeinwohls.

Und da sind etwa 20 Megafonds. Der größte unter ihnen heißt Blackrock. Es sind Finanzfonds, deren Vorteil darin liegt, dass sie keine Banken sind und nicht der Bankenaufsicht und den Regulierungen für Banken unterliegen. Sie verwalten das Geld von reichen Institutionen oder Anlegern und versprechen ihnen hohe Renditen. Manchmal sind diese Fonds nützlich, weil sie Geld in riskante Innovationen stecken. Oft erzielen sie die Renditen jedoch, indem sie mit Derivaten spekulieren, Wetten auf die Zukunft ganzer Länder oder Unternehmen abschließen. Und vor allem indem sie das Geld ihrer Kunden in Betriebe investieren, um diese möglichst schnell zu höherem Wert weiter zu verkaufen. Dazu senken sie die Kosten, vernichten oft Arbeitsplätze und bürden den Unternehmen Schulen für die Sanierung auf. Inzwischen verwaltet Blackrock alleine so viel Geld wie das Sozialprodukt aller Mitgliedsländer der Europäischen Union zusammen, nämlich 4600 Milliarden Dollar. Blackrock hat Anteile an allen deutschen Dax-Konzern ebenso wie an US-Konzernen wie Apple.

Mächtig wurden auch die großen Investmentbanken. Da viele Regeln abgebaut wurden, entwickelten sie neue Techniken im Umgang mit Geld. Sie spekulierten mit Instrumenten wie Kreditausfallversicherungen oder Derivaten, die eigentlich die Sicherheit auf den Weltmärkten erhöhen sollten. Und sie nutzten die Technik, Kredite, zum Beispiel Immobilienkredite, in Wertpapiere umzuwandeln – und diese dann weltweit zu verkaufen. So dass das Risiko dieser Kredite weltweit gestreut wird. Die Welt des Geldes wurde zum Kasino. Und all

dies läuft immer schneller. Wurden vor 15 Jahren pro Sekunde 45 Wertpapiergeschäfte getätigt, sind es heute mehr als 100.000 in einer Millisekunde.

Ohne menschlichen Zugriff. Die Entscheidung fällen Software-Programme.

Entstanden ist eine Finanzwelt, in der das große Geld mit Spekulationen die Realwirtschaft vor sich her treibt. Der Schein ist viel wichtiger als das Sein.

Wie gefährlich dies ist, zeigte sich am 15. September 2008. An diesem Tag meldete die US-Bank Lehman Brothers Insolvenz an. Das war der Ausbruch der Finanzkrise. Da brachen Millionen Immobilienkredite an Millionen Familien in den USA ein, die ohne Sicherheiten vergeben worden waren. Als die Zinsen stiegen, konnten die Eigentümer ihre Raten nicht mehr bezahlen. Da diese Immobilienkredite jedoch als Wertpapiere weltweit verkauft worden waren – brachen auch Banken weltweit ein. Am Ende wurden Millionen Hausbesitzer in den USA enteignet. Und gefährdete Banken in den USA und vor allem in Europa mit Milliardensummen der Steuerzahler gerettet. Erschreckend ist, dass die Welt eine Finanzkrise brauchte, um zu erfahren, was für ein Geldsystem in den vergangenen Jahrzehnten entstanden ist.

Es ist ein System,

- in dem zehnmal so viel Geld unterwegs ist wie es dem Wert von Waren und Dienstleistungen entspricht.
- in dem das große Geld dorthin fließt, wo möglichst hohe Renditen erzielt werden können. Auf diese Weise werden die Reichen immer reicher weltweit und in Deutschland. Und mit diesem privaten Reichtum wächst die Armut von Kommunen, Pflegeheimen, Schulen oder Kindergärten hierzulande und das Elend weltweit.
- das der Maxime »Immer schneller immer mehr Rendite« folgt. Es treibt eine Wachstumswirtschaft an, die überall auf die Welt für die möglichst schnelle Ausbeutung der Ressourcen sorgt. Das rasende Spekulationskarussell ist mit der notwendigen nachhaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft nicht vereinbar.
- Entstanden ist ein System, das Gier belohnt und Verantwortung verdrängt. Nun sagen mir auch kritische Banker immer, auch Sparer seien gierig. Das ist unbestreitbar. Wir alle haben zwei Seiten in uns: eine soziale und eine gierige. Doch wenn dies so ist, stellt sich die Frage: Welche Seite belohnt das System. Und das Finanzsystem belohnt die Gier.
- Entstanden ist ein System, in dem Geld und Wirtschaft in alle Lebensbereiche kriecht, in die Gesundheit, in die sozialen Dienstleistungen, in die Beziehungen zwischen Menschen. In diesem System zählt in erster Linie, wer und was sich rechnet und damit bestimmen Gier und Egoismus auch die Lebenswelt der Menschen. Geld regiert auch uns.

Und die Menschen, die vom Geld regiert werden, spüren die Finanzkrise noch immer. Viele der traditionellen Unternehmen und der Landwirte im Mittleren Westen und im industriellen Norden der USA hatten sich viele Jahre lang nur mit Krediten über Wasser halten können. Als die Zinsen stiegen, rutschten viele Unternehmen in den USA in die Krise. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über zehn Prozent. Das gleiche Bild in Großbritannien: 500.000 Finanzarbeitsplätze in London konnten lange Zeit verschleiern, dass die englische Wirtschaft nicht konkurrenzfähig, ja die Industrie im Norden Englands gar nicht mehr existent ist. Nach der Finanzkrise wurde es offensichtlich.

Mindestens so schlimme Folgen zeigten sich in der Eurozone. Hier hatte die Finanzblase lange Zeit verdeckt, dass die Europäische Währungsunion unter einem Strukturproblem leidet: In jeder Währungsunion, in der sich wirtschaftlich schwächere und wirtschaftlich starke Länder auf eine gemeinsame Währung einigen, wächst die Kluft zwischen starken und schwachen Volkswirtschaften. Denn Schwache werden nun nicht mehr durch Abwertungen geschützt, Starke durch Aufwertungen gebremst.

Als die Finanzwelt scheinbar boomte, erlagen die Krisenstaaten Irland, Spanien oder Griechenland den Verführungen auf den Finanzmärkten. Irland lockte Investoren mit Niedrigsteuersätzen an und garantierte für die Schulden der Banken. In Spanien steckten Investoren Milliarden günstiger Kredite in den Kauf spekulativer Immobilien und Tourismus-Anlagen. Mehrere griechische Regierungen blähten die Bürokratie auf, finanzierten Investitionen und kauften Rüstungsgüter auf Pump. Doch die Finanzkrise ließ die Blase platzen. Dann brachen die irischen Banken zusammen, für die der Staat nun Jahrzehnte lang garantieren muss. In Spanien wurden Investoren massenhaft in die Pleite gerissen und Griechenland hat hohe Schulden bei geringen Steuereinnahmen.

Doch wer nun geglaubt hatte, die Politik würde diese Probleme lösen, sieht sich getäuscht. Klar: Es gibt neue Regeln, es gibt eine europäische Bankenaufsicht, aber auf durchgreifende Regulierungen der großen Spekulanten warten wir noch immer. Stattdessen heizt die Europäische Zentralbank die Spekulation durch ihre Politik der Nullzinsen immer weiter an. Und Brüssel praktiziert eine Euro-Rettungspolitik, die die eigenen Banken rettet und den Armen in den Schuldnerländern die Kredite abpresst, die vorher an die Reichen und Wohlhabenden geflossen waren.

Viele Menschen haben Angst. Das Misstrauen in die Eliten ist stark geschwunden; viele sind aggressiv gegen die da oben, weil sie fürchten, dass sie Kleinen immer hängen lassen, während sich die da oben bereichern; viele Menschen fürchten den Verlust ihres Lebensstandards, haben Angst vor der Zukunft. Die Angst mutiert zum Hass vor dem Fremden und vor den Fremden.

Diese Angst äußerte sich im Votum der Briten gegen den Verbleib in der Europäischen Union, im Votum der US-Amerikaner für Donald Trump, im Votum vieler Europäer für rechte Populisten.

Was bedeutet das nun? Das bedeutet zunächst die Einsicht, dass wir diese Probleme nur lösen können durch eine grundlegende Veränderung im Denken und im Handeln. Die Veränderung lautet: Heute dienen die Menschen und die Politik dem Geld. Jetzt müssen Politik und die Einzelnen dafür sorgen, dass das Geld ihnen dient. Und diese Veränderungen müssen in Europa beginnen, weil die Regierungen der USA und Großbritanniens dazu nicht fähig sind.

Was kann und muss geschehen? Fünf Vorschläge:

1. Eine gerechtere Verteilung des Reichtums

In einer Zeit, in der ein Konzern wie Apple 28,7 Milliarden Dollar Gewinne macht und gerade mal 556 Millionen Dollar Steuern bezahlt – ein Satz von 1,9 Prozent – wie 2014, während der Mittelstand und die kleineren Unternehmen die Staaten tragen, wird keine stabile Wirt-

schaft möglich. Deshalb braucht es den Mut von Regierungen, hohe Vermögen, hohe Einkommen und reiche Erben zu belasten und das Geld dort investieren, wo das Finanzsystem das Geld nicht hinlenkt: in Forschung; in den ökologischen Umbau, in Kindergärten, Schulen, Universitäten, in Gesundheit und Pflege, aber auch in die Förderung kleinerer und neuer Unternehmen. Europaweit braucht es dazu eine Politik der Mindeststeuern und der Hilfe zwischen den Finanzämtern, damit die Unternehmen und die Reichen nicht vor Steuern fließen können. Klar: Viele Menschen haben Schwierigkeiten mit dem Gedanken, Reichtum gerechter zu verteilen. Sie mögen jedoch bedenken: Die gegenwärtige Ungleichheit ist nicht nur moralisch ein Problem, sondern auch ökonomisch: Reichtum, der nur der Spekulation dient, ist gefährlich.

2. Regeln für die Finanzmärkte

Es braucht den Mut der Politik, die Finanzmärkte in klare Regeln einzubinden, um die Sicherheit der Banken zu erhöhen, die Geldschöpfung zu begrenzen und die Spekulation zu entschleunigen. Die Sicherheit erhöhen könnten viel höhere Eigenkapitalquoten vor allem für risikoreiche Geschäfte der Großbanken. Die Schweiz verlangt inzwischen 19 Prozent. Je mehr eigenes Geld der Banken im Spiel ist, desto vorsichtiger werden sie agieren. Und wichtig ist: Auch Megafonds müssten der Finanzaufsicht und den Eigenkapitalregeln unterstellt werden. Zur Begrenzung der Geldschöpfung gibt es radikale Vorschläge wie das Vollgeldsystem. Das ist diskutabel, wird aber so schnell nicht kommen. Wichtig wäre ein erster pragmatischer Schritt. Nämlich die Verpflichtung der Banken, zehn Prozent ihrer Einlagen als Mindestreserve bei der Europäischen Zentralbank stillzulegen – heute brauchen sie nur ein Prozent stillzulegen. Die können dann nicht zur Kreditschöpfung verwendet werden. Notwendig ist eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzgeschäfte mit mindestens 0,1 Prozent belastet, damit viele entfallen und die anderen nachhaltiger werden.

3. Eine nachhaltige Politik in der Eurozone

Die Eurozone wird nicht aus der Krise kommen durch eine bloße Sparpolitik und durch Rettungsfonds, die vor allem Spekulanten retten. Natürlich müssen hoch verschuldete Länder sparen. Aber sie brauchen auch Investitionen. Denn eine Währungsunion ist nur erfolgreich, wenn sie auf einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzunion aufbaut. Das heißt: Die schwächeren Staaten müssen durch Investitionen gestärkt werden. Es ist nicht erklärlich, warum ein Sonnenstaat wie Griechenland in Zeiten des Klimaschutzes auf Kohle setzt und nicht auf Sonne, Wind und Wasser. Es ist mir nicht erklärlich, warum die Europäische Union nicht endlich den Binnenmarkt durch schnelles Internet, durch Breitband-Verkabelung, durch schnelle Züge, durch eine konkurrenzfähige Infrastruktur, durch die Förderung neuer Unternehmen integriert – und die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer gerade dafür nutzt.

4. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Geld durch Banken Sparer – und neue Geldsysteme Banken müssen den Kunden genau sagen, wohin ihr Geld fließt. Wie das geht, zeigen bestimmte Institute schon heute. Sie binden ihre Kreditvergabe an ethische Bedingungen. Sie beteiligen sich kaum an Spekulationen, bei ihnen können die Kunden bestimmen, ob ihre Ersparnisse erneuerbare Energien, mittelständige Unternehmen, Schulen und Kindergärten oder Altenprojekte finanzieren. Damit bieten Banken Sparern, Initiativen, Kirchengemeinden die Chance, mit ihrem Geld ihre Ideale zu fördern – besonders wichtig ist dies in der Region vor Ort. Im Chiemgau gehen Sparkassen und Volksbanken sogar noch weiter: Rund 700 Unternehmen akzeptieren den Chiemgauer als regionale Währung – mehrere tausend Ver-

braucher zahlen mit ihm. Da mit Chiemgauern nur bei regionalen Unternehmen bezahlt werden kann, unterstützt diese Währung die Region. Dass dies keineswegs lächerlich ist, zeigt die WIR-Währung in der Schweiz. Dort haben sich 60.000 Betriebe zur WIR-Genossenschaft zusammengeschlossen. Sie können untereinander in der WIR-Währung bezahlen und haben eine WIR-Bank, die ihnen zinsfrei Kredite gewährt. Diese Genossenschaft hat die Krise unbeschadet überstanden. Man stelle sich nur vor, was mit solchen Geldsystemen in Griechenland, Spanien oder Portugal möglich wäre. Wenn man bedenkt, dass gerade in Athen in den vergangenen Jahren jedes vierte Geschäft geschlossen hat.

5. Und last but not least:

Und nicht zuletzt sollten wir den Stellenwert von Geld zu überdenken. Wer Geld für unwichtig hält, lügt sich in die Tasche. Es ist wichtig, weil es Sicherheit schafft und den Lebensunterhalt sichert. Allerdings ist die Bedeutung von Familie, von Gemeinschaften, von Freundschaften für Menschen mindestens so wichtig wie die von Geld. Wer in ein Netzwerk an Freundschaften investiert, hat mehr davon als von Gier. Wer in Freundschaften investiert, bekommt viel mehr als Zinsen, nämlich Zuwendung. Das ersetzt nicht die notwendigen Versuche, unser Geldsystem auf neue Beine zu stellen – es zeigt jedoch, dass Geld nicht die einzige Säule sein sollte, um sein Leben darauf zu stellen. Der Mensch ist wichtiger.

Es gibt also Wege aus der Katastrophe. Die Politik, wir alle haben die Wahl: Ob wir uns von einer Mischung aus Frustration, Angst, Hass und der Gier nach höchstmöglichen Renditen leiten lassen wollen. Oder ob wir mutig neue Wege gehen und entschlossen dafür sorgen, dass Geld dorthin fließt, wo es die Menschen und die Natur am dringendsten brauchen. Geld kann viel anrichten – aber wir können mit Geld auch viel ausrichten.

Dr. Wolfgang Kessler Chefredakteur von Publik-Forum

www.twitter.com/wolfgangkessler

Kessler: »Zukunft statt Zocken. Gelebte Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft« Publik-Forum Verlag, Oktober 2013

www.publik-forum.de/shop